

Wochentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar
Vollpreis 3,97 M., einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbefrei-
gungen. Auslandabonnements 6,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Postlohnporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Zeitung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Ercheinungswerte und Anzeigenpreise
sind am Schluß des redaktionellen
Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
30. September 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Döndhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dr. S. u. Disc.-Gef., Depostent., Jernalemer Str. 65/66.

Pflicht zum Widerstand!

Gegen notverordneten Lohnabbau!

Von Fritz Tarnow.

Das Kabinett Papen regiert ohne Parlament. Nach eigenem Gutdünken macht es Gesetze von weittragender Bedeutung, fällt selbstherrlich Entscheidungen in den verwickeltesten Fragen ökonomischer und sozialer Natur. Es ist eine ungeheuer schwere Verantwortung, die diese Regierung auf sich genommen hat, viel schwerer als sie einer parlamentarischen Regierung zufallen kann.

Empfindet das Kabinett der Barone die besondere Schwere seiner Verantwortlichkeit? Sind sich seine Minister, die die Mithaftung des Parlaments glauben entbehren zu können, der hohen sittlichen Pflichten bewußt, die sich im besonderen Maße aus ihrer Art des Regierens ergeben? Prüfen sie mit gesteigerter Gewissenhaftigkeit alle Konsequenzen ihrer gesetzgeberischen Aktionen, bevor sie sie ins Werk setzen?

Die Notverordnungen vom 4. und 5. September, der sogenannte „Wirtschaftsplan“, mit den unerhörten Eingriffen in die Lohn- und Tarifrechte der Arbeitnehmer hat sich sehr schnell als ein Musterbeispiel niederlicher Gesetzgebungsarbeit entpuppt. Wohl noch niemals hat ein Gesetz so schnell und in solcher Fülle Ausführungsvorschriften erfordert, mit denen, bisher vergeblich, versucht wird, die Unklarheiten des Gesetzes auszumerzen, es für den praktischen Gebrauch herzurichten.

Schnell fertig mit dem Gesetz waren die Minister. Aber ihre Ressorts, die nun für die Durchführung sorgen sollen, verzweifeln schier an dieser Aufgabe. Zu viel Unsinnigkeiten enthält das Gesetz, gegen die sich nicht nur der gesunde Menschenverstand aufbäumt, sondern die auch in der technischen Handhabung jeder vernünftigen Regelung widerstreben.

„Der Reichspräsident ersucht den Kanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen insbesondere darauf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.“

So hieß es in der Botschaft aus Neudeck am 30. August. Das „Präsidenten“-Kabinett begründet staatsrechtlich seine Macht aus dem Auftrage des Reichspräsidenten. Die Botschaft vom 30. August enthielt eine deutliche Anweisung an das Kabinett, das im Namen Hindenburgs regiert. Es ist zweifelsfrei festzustellen, daß diese Anweisung nicht durchgeführt worden ist, ja, daß nicht einmal der gute Wille vorhanden war, ihr auch nur die geringsten Konzessionen zu machen.

War es vielleicht eine „höhere Gewalt“, die Rücksicht auf übergeordnete Gesamtinteressen, auf die viel berufenen „Notwendigkeiten der Wirtschaft“, die die Regierung zwang, das Versprechen des Reichspräsidenten zu mißachten?

Der notverordnete Mechanismus, der die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft, statt sie zu sichern, ganz erheblich herunterdrückt, besteht in der Hauptsache aus den Lohnsenkungsvorschriften bei Neueinstellungen. Die deutschen Unternehmer sind wahrhaftig nicht gerade schüchtern in ihren Wünschen nach staatlicher Hilfe bei dem traurigen Gewerbe des Lohnendrucks. Aber gegen das hier angewandte Verfahren sind auch aus dem Unternehmerlager vielfach Einsprüche erhoben worden. Natürlich nicht wegen sozialer Skrupel, sondern aus Gründen der gesamtwirtschaftlichen Ordnung. Die gut beschäftigten Betriebe im Gegensatz zu den schlecht gestellten mit erheblichen Staatssubventionen aus allgemeinen Steuermitteln prämiieren, ihnen außerdem das Recht einräumen, niedrigere Löhne zu zahlen als die schlecht beschäftigten Betriebe, dem siegreichen Konkurrenten zu seinem Erfolge noch staatliche Geldgeschenke in die Tasche stopfen, dem geschlagenen Konkurrenten höhere Lohnverpflichtungen auferlegen — wie wäre denn auch ein solcher Widerspruch mit den Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft noch zu vereinbaren!

Wie sollen nun aber erst die Arbeiter begreifen, daß das ihnen auferlegte Opfer überhaupt einen Sinn hat? Wie kann man ihnen zumuten, ohne Widerstand auf und unter die Hungerlinie herabzusteigen, wenn sie das absolut sichere Bewußtsein haben müssen, daß damit außer der Profitgier ihres Unternehmers niemandem gedient ist? Woher nimmt der Staat das moralische Recht zu solchen Maßnahmen, die von jedem rechtlich Denkenden als unfittlich empfunden werden müssen, in denen die betroffenen Arbeiter jedenfalls nur die soziale Drangsalierung als Selbstzweck begreifen können?

Möglich, daß die Regierung nicht alle Konsequenzen ihrer Verordnung übersehen hat. Heute aber steht schon fest, daß zum allergrößten Teil die Einstellungsprämien gewährt und die Lohnsenkungen den Beschäftigten abgeschunden werden, ohne daß der behauptete Zweck der volkswirtschaftlichen Mehrbeschäftigung damit erreicht wird. Trotzdem können die Vorschriften des Gesetzes restlos erfüllt sein.

Ein typischer Fall: Ein Unternehmer beschäftigt 100 Arbeiter mit einem durchschnittlichen Tariflohn von 80 Pf. Auf Grund der Notverordnung stellt er 25 Jugendliche mit einem durchschnittlichen Tariflohn von 20 Pf. ein. Er darf daraufhin Lohnabzüge im Gesamtbetrage von 400 M. wöchentlich vornehmen, während der gesamte Wochenlohn für die neu Eingestellten nur 200 M. beträgt. Dazu bekommt der Unternehmer aber auch noch die Einstellungsprämien, die, auf die Woche ungerchnet, 191 M. ausmachen. Wenn die neu Eingestellten überhaupt nicht beschäftigt würden und ihren Tariflohn für Nichtstun bekämen, hätte der Unternehmer einen reinen Verdienst von 391 M. in der Woche! In diesem Falle allerdings würde vielleicht der Schlichter Einspruch erheben, weil „der Sinn der Verordnung“ nicht erfüllt ist. Natürlich wird auch ohnedem der Unternehmer die neu Eingestellten arbeiten lassen, und wenn

sie ihm nur jeder 10 M. wöchentlich Arbeitswert einbringen, steigert sich sein Verdienst ohne jede Gegenleistung auf 591 M. in der Woche.

Heißt ein Geschäft! Die Unternehmer müßten mit einem Male alle Lust an sicheren und risikofreien Gewinnen verloren haben, wenn sie nicht in diesem Sinne die Verordnung ausnützen würden, statt sich auf das sehr zweifelhafte Geschäft einzulassen, in einem Augenblick zur Mehrproduktion von Gütern überzugehen, in dem durch den „Wirtschaftsplan“ die Massenkaufkraft und die Absatzmöglichkeit gedrosselt werden.

Die Arbeiter in den Betrieben sehen die Ungeheuerlichkeit dieser Lohnabbauaktion deutlicher als die Regierung am grünen Tische. Die grenzenlose Empörung über die Sinnlosigkeit des ihnen zugemuteten Opfers muß sie zur äußersten Erbitterung treiben. Hier liegt ein elementarer und sittlicher Zwang zum Widerstande vor, der durch keine Gewaltmaßnahmen der Regierung beseitigt werden kann.

Wenn das Kabinett Papen nicht von allen guten Geistern verlassen wäre, müßte es selbst den Fehlschlag seiner Konstruktion begriffen haben. Doch — den Gütern verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

100 Tote in sechs Wochen!

Eine amtliche Nachweisung über die Opfer der Papen-Wahl. — 155 politische Todesopfer seit 1. Januar 1932.

Der Amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht eine statistische Uebersicht über die Todesfälle bei politischen Ausschreitungen im Jahre 1932 in Preußen.

Vom 1. Januar 1932 bis zum 23. September sind in Preußen insgesamt 155 Menschen im politischen Kampfe ums Leben gekommen. In nahezu sechs Monaten vom 1. Januar bis zum 20. Juni sind 47 Todesopfer gefallen, in den Wochen vom 20. Juni bis zum 31. Juli aber allein 100 Todesopfer! Nach dem 1. August sind dann noch 8 Menschen bei politischen Zusammenstößen ums Leben gekommen.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 20. Juni haben drei Wahlen stattgefunden, die Preußenwahl und zwei Wahlen der Präsidentenwahl. Der Wahlkampf war bei diesen drei Wahlen überaus heftig und blutig, indessen ist es der preussischen Regierung gelungen, die terroristischen Elemente einigermassen in ihren Grenzen zu halten.

Mit dem Beginn des vierten Wahlkampfes nach der Auflösung des Reichstags durch das Kabinett Papen wurde das Experiment der Aufhebung des Demonstrationsverbots und des Uniformverbots im Zusammenhang mit der Aufhebung des SA-Verbotes unternommen.

Die Aufhebung dieser Verbote leitete den schrecklichsten Wahlkampf ein, den es in Deutschland jemals gegeben hat. Sechs Wochen Wahlkampf haben 100 Todesopfer erfordert, mehr als doppelt soviel als die drei vorangegangenen Wahlkämpfe.

Es ist eine traurige Bilanz, und nichts kann von der eindeutigen Sprache der Zahlen ablenken! Eine amtliche Verlautbarung der preussischen kommissarischen Verwaltung macht einen schätzerischen Versuch, den Gewaltstreik vom 20. Juli und die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen als ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des politischen Terrors hinzustellen. Dieser Versuch, von der eindeutigen Sprache der statistischen Ziffern abzulenken, findet weder in den Tatsachen noch in der Statistik über die Tatsachen eine Stütze.

Ein Rückgang des politischen Terrors zeigt sich erst nach der Wahl vom 31. Juli und besonders nach der Notverordnung über Sondergerichte und über die Androhung der Todesstrafe. Wie weit hier die Verordnung, wie weit die Androhung nach der Wahl und die politische Schwächung der Nationalsozialisten gewirkt hat, entzieht sich der Nachprüfung.

Die Tatsache aber steht fest: die Befürchtungen der vorhergehenden Reichsregierung wie der preussischen Regierung und der großen Länderregierungen über die Wirkung einer Aufhebung des Uniformverbots sind durch die Tatsachen bestätigt worden.

Die amtliche Statistik lehrt, wie außerordentlich stark die vorhergehende Reichsregierung gegenüber dem Kabinett Papen ge-

rechtfertigt dasteht. Das Kabinett Papen hat das deutsche Volk mit einem unnötigen und schrecklichen Wahlkampf be-
lastet, der 100 Todesopfer erfordert hat, ohne daß die Verhältnisse in Deutschland dadurch besser oder klarer geworden wären!

Folgt man der amtlichen Statistik über die Parteizugehörigkeit der Todesopfer, so ergibt sich, daß 70 Nationalsozialisten, 54 Kommunisten, 10 Angehörige der Eisernen Front und 21 Sonstige durch den politischen Terror getötet worden sind. Dabei ist zunächst festzustellen, daß die Todesopfer der Eisernen Front ausnahmslos alle nach der Aufhebung des Uniformverbots und dem Wiederauftreten der SA gefallen sind.

Aber diese amtliche Statistik über die parteimäßige Verteilung der Todesopfer ist falsch.

Wir weisen auf zwei Punkte besonders hin. Die amtliche Einzelnachweisung führt unter dem Datum des 17. Juli 16 nationalsozialistische Tote in Schleswig-Holstein auf. Am 17. Juli war der Altonaer Blutsonntag, der 16 Menschen das Leben kostete. Unter diesen 16 war ein einziger Nationalsozialist. Die übrigen Opfer waren teils Kommunisten, teils Parteilose, die durch Polizeischüsse gefallen sind. Dieser grobe Fehler der amtlichen Statistik verleiht bereits entscheidend das parteimäßige Verhältnis der Todesopfer!

Es sind ebensoviel Kommunisten wie Nationalsozialisten gefallen!

Das nationalsozialistische Geschrei, daß die Nazis als die Angegriffenen besonders unter Terror litten, und deshalb auch die größte Zahl der Todesopfer zu verzeichnen hätten, wird durch die Statistik widerlegt, wenn man diesen groben Fehler der amtlichen Nachweisung korrigiert.

Wir haben ferner vergebens über die Nachweisung der Ermordung des Kommunisten Schauf in Königsberg in der Terrornacht vom 31. Juli zum 1. August gesucht. Dies Opfer organisierten nationalsozialistischen Terrors ist in der amtlichen Nachweisung nicht enthalten! Derartige Fehler nehmen der Einzelnachweisung jeglichen Wert.

Als Ganzes genommen gibt der Uebersicht über die Zahl der Todesopfer ein eindeutiges Bild. Es bedarf allerdings der Ergänzung! Der Ergänzung durch

eine Statistik über die Gerichtsverhandlungen, die den politischen Morden gefolgt sind und über die Urteile, die dabei ausgesprochen worden sind.

Eine solche Statistik, gegliedert nach der Parteizugehörigkeit der Angeklagten und nach der Höhe der Strafen stößt auf weit weniger technische Schwierigkeiten als die Statistik über die Todesopfer. Sie wird deshalb richtiger sein und sicherlich noch bezeichnender!

Wo herans mit der Statistik über die politischen Mordprozesse!

Das überrumpelte Reichsgericht



„Ich sollte über die Befehung dieser preußischen Gize entscheiden, aber da ist alles schon vollbracht!“

Landtagsauschuß fordert Bestrafung.

Die Polizeiaktion im Reichstag als Verfassungsverletzung bezeichnet.

Der Polizeiuntersuchungsausschuß des Landtags führte gestern zunächst die sogenannte Stageraal-Untersuchung zu Ende. Polizeikommandeur Heimannsberg wurde als Zeuge vernommen; die Zeugenaussagen ergeben nichts wesentlich Neues.

Bei Beginn seiner Aussage fragte Heimannsberg, ob es richtig sei, daß der Abg. Engel (Nso.) ihn als „Polizeiburschen“ bezeichnet habe. Der Vorsitzende Schment erwiderte, daß er sich nicht entsinnen könne, daß der Abg. Engel einen derartigen Ausdruck gebraucht habe. Abg. Meistermann (Z.) stellte jedoch aus dem Protokoll fest, daß der Berichterstatter Abg. Engel in bezug auf den Polizeikommandeur Heimannsberg davon gesprochen habe, daß es für diese Polizeiburschen hier in diesem Ausschuss keine Gnade gäbe.

Heimannsberg erwiderte hierauf Engel, den Ausdruck zurückzunehmen. Er sei 31 Jahre alt, während Engel erst 38 Jahre zähle. Der Nationalsozialist Engel versuchte sich zu drücken, indem er erklärte, er wisse es nicht mehr genau. Als sich im Anschluß daran eine stürmische Debatte entspann, wurde die weitere Besprechung in eine nicht öffentliche Sitzung verlegt.

In der nichtöffentlichen Sitzung erklärte der Nationalsozialist Engel, daß er den Ausdruck bedauere. Am Schluß der Zeugenvernehmungen in der öffentlichen Sitzung fragte Heimannsberg dann nochmals, wie Engel über die ihm zugelegte Beleidigung denke. Abg. Freisler (Nso.) verlas darauf die Erklärung von Engel, daß er den in der Erregung gefallenen Ausdruck als formellen Mißgriff bedauere.

Zeuge Heimannsberg (lächelnd): Dann darf ich mich verabschieden! (Helterkeit. Die Nationalsozialisten rufen lachend: Er verabschiedet sich selbst! Aber das hat er selbst gar nicht gemerkt!)

Damit ist die Untersuchung des Stageraal-Falles abgeschlossen. Die Stellungnahme des Ausschusses zu dieser Angelegenheit wird verlegt, bis das Protokoll der Aussagen vorliegt.

Der Ausschuss beschäftigt sich dann weiter mit den

Hausdurchsuchungen im Reichstag

und nimmt den abschließenden Bericht des Abg. Möller (Soz.) entgegen. Der Berichterstatter erklärt, durch die Zeugenvernehmung seien die Behauptungen der kommissarischen Regierung in wichtigen Punkten widerlegt. Er unterbreitet dann dem Ausschuss seinen Entwurf für eine Entschlieung.

Kommunisten und Nationalsozialisten wünschten im letzten Punkte der Entschlieung eine Verschärfung.

Der Ausschuss beschloß dann, daß ein Redaktionsausschuß zusammentritt, dessen Aufgabe es ist, eine möglichst einheitliche Stellungnahme des Ausschusses zu dem Untersuchungsergebnis herbeizuführen.

Die Entschlieung wurde dann in der folgenden Form mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

„1. Die polizeiliche Durchsuchung des Reichstagsgebäudes, von Abgeordnetenchranten und die Beschloagnahme einiger Schriften hat ohne die in der Reichsverfassung zwingend vorgeführte vorderrige Zustimmung des Reichstagspräsidenten stattgefunden.“

Die Vernehmung des Direktors beim Reichstag hat ergeben, daß ein vergleichbarer Vorgang einer Durchsuchung ohne vorherige Genehmigung des Präsidenten sich bisher niemals ereignet hat.

2. In der Pressemitteilung des Polizeipräsidenten vom 13. September wird angegeben, daß „auf Grund einer eingegangenen zuverlässigen Nachricht“ Regierungsrat v. Werder am 12. September um 23.30 Uhr eine Durchsuchung des Reichstages angeordnet hat, die um 1.30 Uhr beendet war. Diese „zuverlässige Nachricht“ bestand nach der schriftlichen Äußerung des Herrn v. Werder an den Polizeipräsidenten vom 14. September lediglich in einer am Abend des 12. September erfolgten „vertraulichen fernmündlichen Mitteilung“ an ihn, daß im Reichstagsgebäude Sprengmaterial lagern sollte. In derselben schriftlichen Äußerung erklärt der Regierungsrat v. Werder, daß er den Polizeipräsidenten fernmündlich nicht erreichen konnte, „da er zur Zeit im Kraftwagen unterwegs war.“

Den stellvertretenden Polizeipräsidenten zu erreichen und von ihm die Ermächtigung für die Durchsuchung zu erhalten, hat sich Herr v. Werder nicht bemüht. Den Versuch, den Reichstagspräsidenten fernmündlich zu erreichen, hat Herr v. Werder nicht unternommen.

Dem Direktor beim Reichstag gegenüber hat Regierungsrat v. Werder bei der Durchsuchung wiederholt die Erklärung abgegeben, daß er im ausdrücklichen Auftrag des Polizeipräsidenten handle. Polizeipräsident Welcher hat dagegen in einer fernmündlichen Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten am Vormittag des 13. September betont, daß ihm von der gesamten Aktion nicht das geringste vorher bekannt gewesen sei.“

Zum Schluß heißt es:

„Nach der allemöglichen Darstellung der Behörden trägt Regierungsrat v. Werder zunächst die äußerlich erkennbare Verantwortung für die Aktion, die er eigenmächtig und ohne Vorwissen des Polizeipräsidenten und des Reichskommissars vorgenommen zu haben angibt. Der Ausschuss stellt fest, daß Regierungsrat v. Werder für seine Verfehlung nicht zur Verantwortung gezogen worden ist. Der Ausschuss ist der Auffassung, daß dies umgehend geschehen muß.“

Die Durchsuchung stellt einen Verstoß gegen Art. 38 der Reichsverfassung dar, für den die kommissarische Staatsregierung die volle Verantwortung trägt.“

Schließlich wurde noch folgender Antrag der nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses mit allen übrigen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen

„Die Schlußmitteilung des Ausschusses ist dem Herrn Landtagspräsidenten mit der ausdrücklichen Bitte um Uebermittlung an den Herrn Reichspräsidenten zuzuleiten.“

Darauf verzichtete sich der Ausschuss. Die nächste Sitzung soll erst nach den Reichstagswahlen stattfinden.

Bei den feinen Leuten.

Hakenkreuz aus Perlen.

In Rief ist der Reichstagspräsident, Nazi- und Arbeiterführer Göring, eingetroffen, um hier den Kampf gegen die Barone und gegen die feinen Leute fortzusetzen. Und zwar: in silberglänzender Limousine, in der er täglich vom vornehmsten Hotel der Stadt zum Schloß Canter fährt. Hier ist Göring Jagdgast des Landgrafen von Hessen. Er hat die Absicht, Bäder zu ziehen, weil er vom Reichstag her darin geübt ist. Auch sonst ist Herr Göring einer von den feinen Leuten. Sein Hakenkreuz an der Krawatte ist aus teuren Perlen und kürzlich ließ er die SA-Männer in der Bodbrauerei bis nach 12 Uhr nachts auf seine Versammlungsrede warten, weil er bis um 12 Uhr sich in der Loge der Städtischen Oper sein Ebenbild, den „Siegfried“, ansah. Wieviel Arbeiter der Landgraf von Hessen zur Jagd eingeladen hat, ließ sich nicht ermitteln.

Schon wieder ein Zeitungserdol. Die sozialdemokratische „Ostthüringische Volkszeitung“ in Altenburg ist bis 3. Oktober 1932 gemäß § 6 Abs. 1 Ziffer 2 der Roterordnung vom 14. Juni 1932 wegen „Beschimpfung des thüringischen Ministerpräsidenten“ verboten. Beschwerde ist eingelegt. Der empfindliche Ministerpräsident ist natürlich Nazi.

Die Agrarverordnung.

Erst teilweise Veröffentlichung am Freitag.

Die agrarische Roterordnung der Regierung Papen hat ihre eigene Geschichte. Am Dienstag wurde sie bereits laut amtlicher Mitteilung vom Reichspräsidenten unterzeichnet, aber bis zum Freitag brauchte die Regierung Zeit, um sie zu veröffentlichen. Auch diese im Laufe des heutigen Tages erfolgende Bekanntmachung ist nur ein Torso, denn die Bestimmungen über die voluminöse Konsumsteuer landwirtschaftlicher Einfuhrprodukte sind in der Verordnung noch nicht enthalten. Kennzeichnend für die Art, wie die Presse von der Regierung Papen unterrichtet wird, ist die Tatsache, daß die der Regierung nahestehende „Berliner Börsenzeitung“ bereits am Donnerstag den vollen Wortlaut abdrucken konnte, während die gesamte übrige Presse erst in den Späthunden des Donnerstag Auszüge der Verordnung durch die Telegraphenagenturen erhielt.

Die Verordnung über Vermittlungsverfahren, Vollstreckungsschutz und Pächterschutz gliedert sich in drei Kapitel: Das erste Kapitel enthält das Vermittlungsverfahren zur Schuldenregelung landwirtschaftlicher Betriebe. Danach können Inhaber von Betrieben, die infolge ihrer Verpflichtungen nicht imstande sind, den Betrieb bis zur Beendigung der Ernte 1933 ordnungsgemäß aufrechtzuerhalten, bei ihrem zuständigen Amtsgericht die Eröffnung eines Vermittlungsverfahrens zur Regelung ihrer Schulden beantragen. Das Gericht bestimmt hierzu eine Vermittlungsperson. Nach der Eröffnung des Verfahrens sind Zwangsvollstreckungen, Arreste und einstweilige Verfügungen wegen Geldforderungen unzulässig. Ebenso ist die Entscheidung über einen Antrag wegen Eröffnung des Konkurses auszusprechen. Auch Zwangsvollstreckungen sind einstweilen einzustellen. Unzulässig ist das Vermittlungsverfahren, wenn über den Betrieb bereits das Sicherungsverfahren der Pfändung eröffnet ist.

Das zweite Kapitel enthält die in industriellen Kreisen besonders angegriffene Ausdehnung und Verstärkung des Vollstreckungsschutzes. Dem Antrag des Schuldners auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung muß stattgegeben werden, wenn die Nichterfüllung der Verbindlichkeiten auf Unwetter, Viehseuchen und auf schlechte Preise (!) zurückzuführen ist.

Das dritte Kapitel behandelt den Kündigungsschutz für landwirtschaftliche Pächter. Wird das Pachtverhältnis gekündigt, weil der Pächter mit der Zahlung des Pachtzinses in Verzug geraten ist, so kann das Pachteinigungsamt bzw. das zuständige Amtsgericht auf Antrag des Pächters bestimmen, daß die Kündigung als nicht erfolgt gilt.

Die Verordnung über die Zinsenkung, welche die agrarischen Hypothekenschulden um 2 Proz. abbaut, bestimmt u. a., daß die Zinsen einer Auswertungshypothek nur dann für die Senkung in Frage kommen, wenn es sich hier um eine Tilgungsforderung handelt. Als ein glattes Moratorium ist die Bestimmung anzusehen, daß die Rückzahlung von Hypotheken, deren Zinsen auf Grund der Verordnung gekürzt werden, nicht vor dem 1. April 1935 verlangt werden kann. Dies gilt nicht für Aufwertungsforderungen. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auf Grundschulden entsprechende Anwendung.

Die Reichsentschädigung für die Pfandbriefanstalten, die zu mehr als 10 Proz. ihres Pfandbriefbestandes von der Zinsenkung betroffen werden, soll in den Etatsjahren 1935/37 bereitgestellt werden. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, bis zur Einstellung dieser Beträge in die Reichshaushaltspläne Schatzanweisungen gegen Uebertragung von Schuldverschreibungen auszugeben. Diese Schuldverschreibungen können die betreffenden Pfandbriefinstitute auf Grund der Zusagehypotheken (Zusage der gestundeten Zinsen zu den Stammschulden) ausgeben.

Zuchthausstrafen für SA-Leute. Die Strafkammer in Freiburg verurteilte wegen Verstoßes gegen die Roterordnung des Reichspräsidenten zwei SA-Leute zu je einem Jahr Zuchthaus und einen dritten SA-Mann zu einem Jahr einen Monat Zuchthaus. Zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Angeklagten hatten in der Nacht zum 13. August in der Ortschaft Rieberwinden den dort wohnenden Landwirt Koppe durch Schläge mit ihren Schulterriemen schwer verletzt.

Trabrennen Mariendorf
Sonnabend, den 1. Oktober
nachm. 4 Uhr

HEUTE, 3 UHR RENNEN
GRUNEWALD
Preis vom Jungfernssee

Ihren Urlaub
im schönen Thüringer Walde
im herrlichen Erzgebirge
in stimmungsvoller Heide-
landschaft
im märkischen Seengebiet

**In den Heimen
der ADEFE**

Allgemeine Deutsche Gesellschaft für
Perlen- und Erholungshelme m. b. H.
Sitz Jena, Marienstr. 4 — Prospekte gratis

Einfamilienhäuser
(eventl. auch für 2 Familien)
3 1/2-Zimmer, Bad, Stall, 400
qm Garten
Monatliche Miete 77.— Mk.
zum 1. Nov. und später zu vermieten.
Ausserdem
2-Zimmer-Wohnung
Bad, Balkon u. Zubehör 51.— M. und
2 1/2 Zimmer, Bad, 68.— M.
sowie 1 Zimmer, monatlich, per
sofort zu vermieten.
Arbeiter - Baugenossenschaft
„Paradies“ e. G. m. b. H.
Berlin - Bohnsdorf b. Grünau.
Paradiesstr. 3. Tel. P 3 Grünau 6337

Zur Herbst-Saison

finden Sie bei uns eine Fülle elegant. Damen- und Herren-Modelle. Jedem Geschmack ist Rechnung getragen, und unsere Preise gestatten jedem den Luxus einer guten Fußbekleidung

7⁹⁰

Schwarz echt Boxkalf, Origin. Goodyear Welt

5⁹⁰

Schwarz Velourleder m. aparter Verzierung

Tack

140 eigene Verkaufsstellen, davon 22 in Groß-Berlin und Potsdam.

Auch Strümpfe gut u. billig

Berlin-Hamburg in zwei Stunden „Blitzverkehr“ zum Jahresende

Der seit langem geplante „Blitzverkehr“ Berlin-Hamburg scheint zum Jahresende Wirklichkeit zu werden. Die Fahrzeit für die genau 290 Kilometer betragende Strecke Berlin-Hamburg wird zwei Stunden betragen. Der zur Benützung auf dieser Strecke bestimmte und für eine Geschwindigkeit von 130 Kilometer in der Stunde berechnete Schnelltriebwagen der Reichsbahn ist in den letzten Tagen nahezu fertiggestellt worden. Die Wagen haben eine sehr schlanke Form. Besonders bemerkenswert an den Fahrzeugen ist die zur Verminderung des Luftwiderstandes dienende, tief herabhängende Schürze und das Fehlen aller irgendwie vermeidbaren Vorsprünge. Sogar die Laternen sind verankert eingebaut und die normalen scheibenförmigen Puffer durch schmale Stoßballen ersetzt. Der Schnelltriebwagen wird durch zwei 410 PS Maybach-Dieselmotoren angetrieben. Durch einen direkt angetriebenen Generator wird der elektrische



Seitenansicht des Schnelltriebwagens

Strom für einen der Fahrmotoren geliefert. In Friedrichshafen werden zur Zeit die letzten Wertprobe- und Veruchsfahrten unternommen. Vermutlich schon im November wird dieser erste „Blitzzug“ nach Berlin gebracht und in den Schnellverkehr mit Hamburg in den Dienst der Reichsbahn gestellt.

Russisches U-Boot gesunken. Gerammt und mit 35 Mann untergegangen.

Stockholm, 29. September.

Wie man erst jetzt erfährt, ist in der vorigen Woche am Mittwochabend ein russisches Unterseeboot im Finnischen Meerbusen von dem dänischen Dampfer „Robert Maersk“ gerammt worden und mit seiner gesamten Besatzung von etwa 35 Mann untergegangen. Der Dampfer erhielt bei dem Zusammenstoß selbst ein großes Leck, so daß er nach Leningrad zurückkehren mußte. Nach den Angaben, die „Allhanda“ beim dänischen Generalkonsulat eingeholt hat, soll kein Zweifel darüber bestehen, daß das russische Unterseeboot mit Mann und Maus untergegangen ist. In der Nähe von Leningrad fanden in der vorigen Woche große Flottenmanöver statt. Von russischer Seite wird die Katastrophe geheim gehalten, so wie es bereits zweimal früher bei Unterseebootunglücken im Finnischen Meerbusen geschehen ist.

Fabrikbrand in Pommern.

1000 Torfballen verbrannt. — 50 Arbeiter arbeitslos.

Stettin, 29. September.

In den ersten Morgenstunden des Donnerstag brach in der Agilla-Torfstreuerei in Karolinenhorst im Kreis Greifenhagen ein Feuer aus, das sich schnell über die ganze Fabrik ausbreitete. Der Brand bedrohte auch das Wohnhaus, das bereits Feuer gefangen hatte, jedoch von den Feuerwehren des Ortes und Nachbarschaft gerettet werden konnte. Erst gegen Mittag gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Fabrik, in der etwa 50 Arbeiter beschäftigt waren, ist mit sämtlichen Maschinen und einem Vorrat von 1000 fertigen Torfstreuereballen niedergebrannt.

Liebestragödie fordert vier Opfer.

Mit den Kindern und dem Geliebten in den Tod.

Olmütz, 29. September.

Eine Liebestragödie hat sich in der Nacht zum Donnerstag in der Nähe von Olmütz auf der Bahnstrecke nach Prognitz abgespielt. Nachts fand ein Streckenwärter beim Begehen der Strecke in der Nähe von Neustift blaue Körperreste und abgetrennte menschliche Köpfe auf den Gleisen. Es handelt sich um die Leichen des beim Olmüher Artillerieregiment dienenden Zugführers Karl Janke, der 22-jährige Maria Baigara, Gattin eines Steinruders in Prognitz, und der beiden 3½ Jahre und 16 Monate alten Kinder der Frau Baigara. Die Lage der Leichen läßt erkennen, daß die Frau und der Mann in einiger Entfernung voneinander freiwillig den Tod gesucht haben, wobei Frau Baigara ihre beiden Kinder, die wahrscheinlich schliefen, in den Armen hielt. Der Führer der Lokomotive hat von dem Vorgang nichts bemerkt.

Wegen Doppelmordes zum Tode verurteilt.

Planen, 29. September.

Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute den 19 Jahre alten Wirtschaftsgehilfen Morgner wegen Doppelmordes zweimal zum Tode und wegen vorläufiger Brandstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus. Der Verurteilte, der seit 1½ Jahren bei dem Gutbesitzer Wolf im Bogland im Dienst stand, hatte in der Nacht zum 20. März den Gutbesitzer und seine Frau mit einem Beil erschlagen und dann die massive Scheune in Brand gesteckt in der Hoffnung, daß das Feuer auf das Wohnhaus übergreifen und die Spuren seiner Tat verwischen würde. Morgner will aus Rache gehandelt haben, da er von Wolf oft gereizt worden sei, kein ausreichendes Essen und niemals Geld erhalten habe. Die Frau habe er getötet, um keinen Tatzeugen zu haben.

Ehrung für Walther Rathenau.

Der 29. September ist im Gedenken an Walther Rathenau 65. Geburtstag von der Walther-Rathenau-Stiftung und Walther-Rathenau-Gesellschaft begangen worden. An der Stelle, an der der Mord geschah, wie an der Gruft waren Kränze niedergelegt. Der Kranz, den Stiftung und Gesellschaft für die Königsallee im Grunewald bestimmt haben, trägt als Aufschrift ein Wort Walther Rathenaus: „Freie Verehrung erhebt.“ Die bisher dreimal verliehene Walther-Rathenau-Medaille wurde von der Walther-Rathenau-Gesellschaft Walther Rathenau Freund Gerhart Hauptmann verliehen.

Neuer Zinsfuß bei der Sparkasse. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 den Zinsfuß für Spareinlagen mit jahungsgemäßer Kündigungsfrist auf 3½ Proz. jährlich festgesetzt.

Kohlen für die Notleidenden Sozialdemokratische Forderung an den Oberbürgermeister

Um im kommenden Glanzwinter den Hilfsbedürftigen die Möglichkeit zu geben, sich wenigstens eine warme Stube zu verschaffen, hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion im Stadtparlament folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: In Anbetracht der steigenden Not eines großen Teils der Berliner Bevölkerung wird der Oberbürgermeister ersucht, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß die Kohlenlieferung für alle Hilfsbedürftigen während der kommenden Wintermonate in der Höhe des Vorjahres für den Einzelfall sichergestellt werden.

Jubiläum und Gemeindefschule. 50 Jahre 126. Gemeindefschule.

Die 126. Gemeindefschule feiert ihr 50jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß veranstaltete sie in der Aula der staatlichen Augustaschule einen Elternabend, der großen Beifall fand. Das Programm war äußerst reichhaltig. Orchesterkonzert, Gesang und Vorträge wechselten einander ab. Ein Vertreter des Elternrats und ein Schüler begrüßten die Gäste. Die Festansprache hielt Schulrat Kellermann. Er begrüßte die Schule im Namen der Stadt Berlin; dann entwarf er ein Bild der Zeit vor 50 Jahren und verglich sie mit dem heutigen Stande der Technik. Dazwischen schilderte er die alte Schule und stellte sie der neuen gegenüber, er verwies auf den Unterschied zwischen dem „Bausen“ von früher und dem modernen Arbeitsunterricht. — Einen besonderen Sinn erhielt die gutbesuchte Veranstaltung dadurch, daß der Ueber-schuß des Abends zur Beschaffung von Lehrmitteln verwendet wird, die den Kindern minderbemittelter Eltern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Die Wüste von Wilmersdorf.

Zugeschütteter Seepark bleibt ohne Grünflächen.

Seitdem aus dem einst über die Grenzen Berlins hinaus bekannten Wilmersdorfer Seepark eine weite Wüste ohne See geworden ist, sieht es trostlos aus in diesem Teile von Alt-Wilmersdorf. Der See von ehemals ist unter Zuhilfenahme von

Müll und Schutt vor einigen Jahren zugeschüttet worden, aber er kam hartnäckig wieder. Die schönen Pläne, den Wilmersdorfer Stadtpark über den alten Seepark hinaus zu verlängern und dadurch die Lücke in dem Grüngürtel von Schöneberg zum Grunewald zu schließen, sind bei der Finanzlage der Stadt vertagt worden. Das Tiefbauamt des Bezirks mißt unterdessen in regelmäßigen Abständen, um wieviel Zentimeter der zugeschüttete See absinkt. Vielleicht in einigen Jahren, so hoffen die Tiefbaustrategen, wird dieser Erdrutsch im kleinen zum Stillstand kommen. Der auf dem Seepark geplante Grüngürtel sollte von Straßenzügen flankiert werden. Vor den Häusern war die Anlage von Vorgärten vorgesehen. Die Fluchtlinien hierfür sind bereits seit Januar 1924 von allen städtischen Instanzen beschlossen worden, nur die Grundstücksbesitzer an den Parkstraßen stimmten nicht zu und drohten mit Entschädigungsansprüchen. Acht volle Jahre gingen die Auseinandersetzungen hin und her, bis jetzt die Stadt auf ihre ursprünglichen Pläne verzichten will. Die Fluchtlinien mit den Vorgärten sollen nach einem Magistratsbeschluss wieder aufgehoben werden. Auf dem weiten Gelände mitten in Wilmersdorf bleibt also vorläufig alles wüst und leer.

Neue Heizungsanlage in den Wittenauer Heilstätten

Bereits seit mehreren Jahren ist die Beheizung besonders der Krankenzimmer der Wittenauer Heilstätten äußerst unzureichend, da die technischen Einrichtungen völlig veraltet und in allen Teilen überlastet sind. Es handelt sich um eine seit 53 Jahren bestehende Dampfheizungsanlage ältester Konstruktion. Sie arbeitet infolge der ihr anhaftenden allgemeinen technischen Mängel sehr unwirtschaftlich. Vor allem aber ist infolge der langen Benutzungsdauer ihre Betriebssicherheit derartig gesunken, daß jederzeit durch Bruch eines der ganz dünn gemauerten Hauptrohre ein Versagen der ganzen Anlage zu befürchten ist. Auch die gesamte Warmwasserversorgungsanlage reicht für den infolge der hohen Belegungszahl allgemein gestiegenen Warmwasserbedarf bei weitem nicht mehr aus, da sie ebenfalls veraltet ist. Reparaturen lohnen sich nicht mehr. Nach einem Gutachten des Stadtkamts für Heiz- und Maschinenwesen kann Abhilfe nur durch grundlegende Erneuerung der gesamten Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen erzielt werden.

Die Arbeiten sollen in drei Bauabschnitten ausgeführt werden, und zwar sollen im ersten Jahre die Anlagen des Kesselhauses und der Frauenabteilung erneuert werden. Der zweite Bauabschnitt umfaßt die Männerabteilung und das Verwaltungsgebäude, und im dritten Jahre sollen das Erziehungsheim, die Isolierbaracke, das Leichen- und das Beamtenhaus an die Anlage angeschlossen werden.



Vom Vertrauen der Raucher getragen,

rechtfertigt Juno alle Erwartungen ihrer Freunde,
weil sie in Bezug auf Mischung, Verarbeitung
und Bekömmlichkeit stets erstklassiges bietet.

Diese hervorragenden Eigenschaften unserer

JUNO

müssen Zugaben in Form von Wertmarken,
Gutscheinen und Stickereien natürlich ausschließen.

Juno erfüllt höchste Ansprüche
durch erlesene Tabake und volles Format.



Gefahr der Bürokratisierung

Die Bedeutung des Wahlbeamten — Berlin muß demokratisch regiert werden

Die nachstehenden Ausführungen über die Verwaltungsreform Berlins verdanken wir dem Treptower Stadtrat Peters. Sie gingen uns schon vor einiger Zeit zu. Wenn wir sie jetzt nach der Verkündung des Magistratsplanes veröffentlichen, so, weil der Artikel uns als Diskussionsbeitrag auch heute noch als sehr beachtlich erscheint.

Berlin ist 88 350 Hektar groß und zählt 4,3 Millionen Einwohner. Man braucht sich nur zu erinnern, daß einige Länder Deutschlands weit weniger Einwohner besitzen als Berlin — der Freistaat Sachsen zählt noch nicht 5 Millionen, das Land Thüringen 1,6 Millionen und der Freistaat Württemberg 2,6 Millionen Einwohner, von den kleineren Ländern ganz zu schweigen —, um zu erkennen, daß die Frage der Verwaltung Berlins nicht mit Hilfe eines Schemas, das auf viele Großstädte passen würde, gelöst werden kann.

Die Form der Verwaltung Berlins muß demokratisch sein. Die Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung muß gewährleistet sein, um die Beherrschung der Verwaltung durch einen lebendigen Bürokratismus zu verhindern. Die Gefahr des Bürokratismus wächst mit der Größe der Verwaltung. Die Riesengroßstadt Berlin darf nicht vom grünen Tisch aus regiert werden.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ergibt sich als Ziel der Verwaltungsreform: 1. die Verwaltung zu vereinfachen und zu verbilligen, 2. eine schnelle Abfertigung der Bevölkerung durch die städtischen Dienststellen zu ermöglichen und 3. die ehrenamtliche Mitarbeit der Bevölkerung an der Verwaltung zu sichern.

Für die Selbstverständlichkeit von allen Seiten erstrebte Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung haben einige Reformer ein sehr einfaches Rezept: Man brauche nur die Zahl der Bezirke zu verringern, und schon könne man tausende viel leitende Beamte einsparen. Die Wahlbeamten in den Bezirken (die nach dem Magistratsplan gänzlich verschwinden sollen, Red. d. „V.“) haben keineswegs repräsentative Aufgaben. Jeder, selbst der Bürgermeister eines Bezirks, hat ein bestimmtes Pensum praktischer Arbeit täglich zu erledigen. Für jeden abgebauten Wahlbeamten wäre ein anderer Berufsbeamter erforderlich, wahrscheinlich ein Obermagistratsrat. Ersparnisse an Gehältern würden dadurch nicht erzielt werden. Der im Jahre 1924 vorgenommene Abbau von Wahlbeamten in den Bezirken Berlins hat der Stadt keinerlei Ersparnisse gebracht; er hat aber zur Erhöhung der Zahl leitender Berufsbeamten geführt, also zur Verstärkung des Berufsbeamtenstums gegenüber den Wahlbeamten.

Der Mann aus dem praktischen Leben.

Ein weiterer Abbau von Wahlbeamten müßte zu einer weiteren Verlagerung des Schwergewichts in der Verwaltung in der Richtung des Berufsbeamtenstums führen. Bei Beurteilung dieser Tatsache darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Wahlbeamte zur Verwaltung und Bevölkerung eine andere innere Einstellung hat als der auf Lebenszeit angestellte Berufsbeamte. Der Wahlbeamte hat naturgemäß einen engeren Kontakt zur Bevölkerung als der lebenslanglich angestellte Beamte. Diese innige Verbundenheit mit der Bevölkerung verleiht dem Wahlbeamten Initiative und Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesamtbevölkerung. Der Berufsbeamte ist dagegen nur seinem Vorgesetzten verantwortlich. Es hat doch seine guten Gründe, daß die Zahl der Wahlbeamten in einem gewissen Verhältnis zu der der Berufsbeamten zu bleiben hat. Freiherr vom Stein, der Schöpfer der preussischen Städteordnung, hat in seiner Denkschrift die Gründe sehr drastisch formuliert. „Der Formenraum und Dienstmechanismus in den Kollegien“, schrieb Stein, „wird durch Aufnahme von Menschen aus dem Gewirre des praktischen Lebens zertrümmert, und an seine Stelle tritt ein lebendiger, feststrebender, schöpferischer Geist und ein aus der Fülle der Natur genommener Reichtum von Ansichten und Gefühlen“. Auf dieser Grundanschauung, der Durchscheidung der Verwaltung mit verantwortungsbewußten Menschen aus dem praktischen Leben beruht bekanntlich die preussische Städteordnung. Ein Vergleich mit anderen Städten Deutschlands zeigt, daß das Wahlelement in der Verwaltung Berlins keineswegs so stark vertreten ist. Eher ist das Gegenteil der Fall. Am allerwenigsten aber werden Formenraum und Dienstmechanismus, worüber die Berliner sich oft genug beklagen, durch Schwächung des Wahlelements in der Verwaltung eingedämmt.

Eine Verringerung der Bezirke bringt ebenfalls keineswegs zwangsläufig eine Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung. Man darf dem Bürger nicht zumuten, bei Erledigung irgendeiner Angelegenheit mit einer städtischen Dienststelle Fahrkosten und Zeit in erheblichem Maße aufwenden zu müssen. Die Verwaltung darf nicht Selbstzweck sein. Ersparnisse auf Kosten der Bürger sind, volkswirtschaftlich betrachtet, keine Ersparnisse. Je größer die räumliche Ausdehnung eines Bezirks, um so mehr städtische Dienststellen werden in den einzelnen Orten notwendig. Und da diese örtlichen Dienststellen nicht alle Angelegenheiten selbstständig erledigen können, wären sie nur Vermittlungsstellen, die von den Organen, die die Entscheidung zu treffen haben, räumlich weit getrennt sind. Die Verwaltung der bestehenden 20 Verwaltungsbezirke ist heute schon in zahlreichen Außenbezirken aufgeteilt und in verschiedenen Orten des Bezirks untergebracht, so daß der Bürger, wenn er mehrere Angelegenheiten zu erledigen hat, mehrere Orte aufsuchen muß.

Nicht nur für den Bürger, sondern auch für die Stadt entstehen durch diese zerrissene Verwaltung Mehrkosten, abgesehen davon, daß der Geschäftsgang schleppend ist. Diese Mehrkosten würden bei einer Vergrößerung der Bezirke naturgemäß steigen. Die Zusammenlegung der Arbeitsämter sollte in dieser Hinsicht als Warnung dienen. Viele Arbeitslose müssen heute drei bis vier und einzelne noch mehr Stunden verlaufen, um zum Arbeitsamt zu gelangen. Darüber herrscht in den Kreisen der Erwerbslosen ein berechtigter Mißmut. Wieviel größer würde er aber sein bei Erwerbstätigen, denen jede Stunde Zeit kostbar ist.

Die Verwaltung kann nur vereinfacht und verbilligt werden, wenn die zahlreich vorhandenen Zwischenstellen beseitigt werden und die damit verbundene Doppelarbeit vermieden wird. Dieses Vorgehen bedingt aber einen nicht zu großen Aktionsradius der einzelnen Bezirke. Wie groß dieser Radius sein kann, wäre im einzelnen festzustellen. Vor allem aber läßt sich die Verwaltung bedeutend vereinfachen und verbilligen durch Abgrenzung der Aufgaben zwischen Zentrale und Bezirken. Die Zentrale muß sich auf die Schaffung und Überwachung von Richtlinien für die Verwaltung beschränken. Jede An-

gelegenheit darf nur an einer Stelle bearbeitet werden; entweder in der Zentrale oder im Bezirk, keinesfalls aber in beiden Verwaltungsstellen. Ueber die Abgrenzung der Befugnisse zwischen Zentrale und Bezirksverwaltungen wird zur Zeit beraten.

Die Zwischenstellen müssen verschwinden.

Ersparnisse bei den Bezirksversammlungen sind bereits durch die Aenderung des Groß-Berliner Gesetzes erzielt worden. Durch die Einengung ihres Aufgabekreises und die Aufhebung ihrer Öffentlichkeit haben die Bezirksversammlungen ihren parlamentarischen Charakter verloren. Sie sind bei straffer Führung heute schon zentrale Bezirksdeputationen, die nur nach Bedarf zusammengerufen werden. Der Vorsitzende, der Bürgermeister, ist nicht verpflichtet, jeden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. Infolgedessen ist das Bedürfnis nach Abhaltung von Bezirksversammlungen sehr erheblich abgeklaut. Sie treten im allgemeinen nur noch vierteljährlich zusammen. Die Bezirksversammlungen bilden aber trotzdem noch ein Bindeglied zwischen Bevölkerung und Verwaltung und geben die Basis ab für die ehrenamtliche Mitarbeit von Tausenden von Männern und Frauen der Bürgerchaft. Auf

diese ehrenamtliche Mitarbeit kann die Riesengroßstadt Berlin nicht verzichten.

Die Reorganisation von Groß-Berlin darf nicht nach den harten Notwendigkeiten der gegenwärtigen bitteren Notzeit erfolgen. Denn die neugeschaffene Organisation soll auf Jahrzehnte hinaus Bestand haben. Völlig abwegig ist darum der Gedanke, die Verwaltung Berlins durch eine Notverordnung der preussischen Regierung unter Mißachtung der Wünsche der Berliner Bevölkerung zu ändern. Dieses Experiment wäre nicht nur politisch gefährlich, sondern wahrscheinlich auch sehr teuer, da es nach kurzer Zeit auf parlamentarischem Wege wieder beseitigt werden würde. Mit Notverordnungen kann man nicht Gesetze schaffen, die auf Jahrzehnte hinaus Geltung haben sollen.

Aus der Partei.

Das ist die Antwort der Einheitsfront! In einer in Leipzig abgehaltenen kommunistischen Versammlung äußerte sich der Führer der sächsischen Kommunisten, Selbmann, auch zu dem von der SPD. vorgeschlagenen Plan einer Listenverbindung der SPD. und der KPD. bei den kommenden sächsischen Gemeindevahlen. Er erklärte u. a. das Angebot der SPD. als ein „betrügerisches Manöver“. Er stellte an die SPD. eine Reihe von Fragen, von deren Beantwortung die KPD. ihre endgültige Antwort auf den sozialdemokratischen Vorschlag abhängig machen werde. Die einfache Vereinbarung, daß keine proletarische Stimme verloren gehen soll, daß im übrigen jede der Parteien selbständig bleibe und von der anderen keinerlei Bedingungen verlange, wird in dieser Weise unmöglich gemacht. Und die Herrschaften sprechen von Einheitsfront.

- Verkäufe**
Einleum
Saiten, Rolent
Straße 2.
- Niedrigstücker,
Wäsche usw.**
Seibhaus Komidi
verkauft zu un-
gewöhnlich billigen
Preisen wenig ge-
tragene sowie neue
Herren- u. Damen-
pelze. Weißer
Berg leht. Reins
Kombiwaren.
Feinsendstraße 106,
eine Treppe.
- Anaben und
Wärschen**
Kleiderfabrik ver-
kauft ein Prina-
— Fabrikreifen.
Kostlos 29—30,
nur eine Treppe.
Fahrgelb wird ver-
gütet.
- Möbel**
Vollermöbel.
Großlager zu Klein-
preisen, Klüßliche 9
bis 95, Stauden 90,
Kamerling, Ra-
kamenallee 26 (Gde
Friedrichstraße).
- Kraftfahrzeuge**
Motorsattel
und Sportartikel
größte Auswahl
billigste Preise.
Wohnow, Wein-
meisterstraße 14, Fi-
liale: Friedmann,
Rheinstr. 48; Char-
lottenburg, Wind-
scheidstraße, Gde
Kantstraße, und
Kantstraße 54.
- Radio**
Kabinanlagen.
Alle Marken auf
kleine Monats-
raten, billige Preise.
Saiten, Dresden-
straße 29, Rein-
Köben, Erlenhof; Ban-
nowitz 0453, 25
15. September Ka-
anderstraße 16, 1.
- Kaufgesuche**
Zahnstühle,
Zahnstühle
Dreifüßer Alu-
metalle, Silber-
metalle, Goldschmel-
zer, Christianat
Rosenfelderstraße 29
Kantstraße Alsbett-
straße
- Umwago
Fahrwesen**
Wohnwagen,
Eltztransporte und
Verleinfahrten.
Rudolfstr. 1408.
- Ver-
mietungen**
Wohnungen
Rebauwohnung,
Zimmer, Küche, ge-
meinschaftliches Bad,
57. und 42., so-
weit, Friedmann,
Delbuckstraße 17.



Jungens u. Mädels!

Kommt ab Montag in die Leiser Filialen, holt Euch die Bedingungen zum lustigen Elefanten-Preisausschreiben ab und schaut Euch in den Schaufenstern an, was Ihr alles gewinnen könnt! Fahrräder, Photoapparate, Füllfederhalter, Schlittschuhe, Tischtennis — alles, was man sich nur wünschen kann. Elefanten — so heißen nicht nur die grossen, starken Tiere, die Ihr kennt, sondern auch die starken, unverwundlichen Kinder-Schuhe Marke „Elefant“

Also — Ihr tapferen Jäger — geht auf die Elefanten-Jagd!



Ist das Wirtschaftsbelebung?

1490 Einstellungen in Bayern — 22 000 Entlassungen bei der Reichsbahn.

Die Reichsbahnverwaltung verhandelte am Donnerstag mit den Eisenbahnerorganisationen über die Entlassungen in der Bahnunterhaltung. Es kam ein Feterschichtenvertrag zustande, wonach für die Bahnunterhaltung in den Wintermonaten die 40stündige Arbeitswoche festgelegt wird. Daburdh wird jedoch nur erreicht, daß rund 6000 Eisenbahnarbeiter weiterbeschäftigt werden. Gefündigt ist aber 22 000 Eisenbahnarbeiter. Nun hat der Verwaltungsrat der Reichsbahn beschlossen, daß die im Frühjahr zurückgestellten Um- baurbeiten noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden. Hierzu werden für eine Zeitdauer von rund zwei Monaten 24 000 Arbeiter benötigt. Diese Arbeiter will die Reichsbahnverwaltung wohl neu einstellen, aber nicht zu den tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen, sondern auf der Basis eines Zeitarbeitsvertrages. Das bedeutet, daß zwar diesen 24 000 Arbeitern für eine verhältnismäßig kurze Zeit Arbeit gegeben wird, aber unter wesentlich schlechteren Bedingungen. In diesem Punkt, dem Hauptstreitpunkt der Verhandlungen, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Entscheidung über die Frage, zu welchen Arbeitsbedingungen die Arbeiter beschäftigt werden, liegt jetzt beim Generaldirektor.

Die Reichsbahnverwaltung muß sich darüber klar werden, daß

ihr Vorschlag für die betroffenen Eisenbahnarbeiter eine juristische Härte und eine Sabotage des Regierungsprogramms darstellt. Erst kündigt man 22 000 Arbeiter, dann will man einen Teil davon „neu“ einstellen, aber nur unter der Bedingung, daß sie ihrer erworbenen Rechte verlustig gehen. Was würden die hohen Beamten, die derartige Entscheidungen treffen, wohl sagen, wenn man mit ihnen so umspringen würde? Und wie verhält sich diese Politik mit dem von der Reichsregierung verkündeten Programm der Erhaltung und Vermehrung des Arbeitsplatzes?

Schließlich ist die Reichsbahn ein reichseigener Betrieb. Niemand wird der Reichsregierung, die sozial Energie gegenüber der preußischen Regierung gezeigt hat, glauben, daß sie gegenüber der Reichsbahn ohnmächtig ist.

Aus Bayern wird gemeldet, daß in der Zeit vom 5. bis 27. September auf Grund der Rotverordung 1490 Neueinstellungen gemeldet wurden. Was wird aber selbst aus diesem mehr als mageren Ergebnis, wenn die Reichsbahn gleichzeitig 22 000 Arbeiter endgültig entläßt und 30 000 auf Zeit „neu“ einstellt? Oder wird man noch sagen, diese 30 000 Halbadgebaute seien dank dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wieder in Arbeit gekommen?

Es gibt Grenzen, die niemand ungestraft überschreiten darf. Die Reichsbahn ist im Begriff — mit Duldung der Reichsregierung — dies zu tun.

offenbar von den Unternehmern in die Welt gesetzten Marmnachrichten nicht eine besondere Beachtung zu schenken. Wieder einige Zeit später wurde dem JdL schließlich mitgeteilt, daß die Verhandlungen nun doch erst nächste Woche Freitag stattfinden.

Den Einzelhändlern ist offenbar nicht recht wohl, weil die Empörung der Angestellten über ihre Abbauforderungen täglich wächst. Die Verbreitung derartiger Katastrophen zur schnellen Herbeiführung eines Zwangstarifes, den man nach vor kurzem stark bekämpfte, ist aber doch ein bißchen zu plump, als daß jemand — außer dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses — darauf hereinfallen könnte. Für die Angestellten muß dies Warnender aber ein Anlaß sein, sich endlich reslos zu organisieren, denn den Unternehmern imponiert nur eine kompaktschlüssige Angestellten-schaft, die eine gute organisatorische Rückendeckung hat.

Rudolf Herzog einfi und jetzt.

Massenentlassungen trotz Reichskredit.

Die Firma Rudolf Herzog konnte es in der Vorkriegszeit nicht zum Hoflieferanten bringen, weil ihre Begründer mit den Revolutionären von 1848 sympathisiert hatten. Den jetzigen Inhabern ist aber der gute Ruf, den ihre Vorfahren bei der Berliner Arbeiterschaft gehabt haben, nicht nur gleichgültig: Sie legen anscheinend großen Wert darauf, Hoflieferant des Brau- nen Hauses zu werden und zu der Gruppe der Unternehmer zu gehören, die nicht das geringste soziale Mitgefühl für ihre Arbeiter haben.

Während die Firma Rudolf Herzog vor einiger Zeit eine besondere Abteilung für Ausrüstungsgegenstände der SA. und SS. eingerichtet hat und sich auch sonst sehr nazifreundlich zeigt, hat sie für ihre älteren Arbeiter gar kein Verständnis. Schon vor längerer Zeit hat die Firma einen Teil ihrer älteren Handelsarbeiter „zwecks Senkung des Lohnkostenkontos“ abgebaut. Durch diesen Abbau wurde die betriebseigene Pensionkasse so stark belastet, daß sie jetzt bedeutend mehr Ausgaben als Einnahmen hat und sehr schlecht dasteht. Jetzt hat die Firma Rudolf Herzog wiederum 41 Handelsarbeiter auf die Straße gesetzt, die fast ausnahmslos 25 Jahre und länger bei ihr tätig waren. Im ganzen sind jetzt 88 Handelsarbeiter, das sind mehr als 50 Proz. des bisherigen Stammes der Handelsarbeiter im Hause Rudolf Herzog, entlassen worden.

Der Reichskanzler hat das Wort geprägt von der Erhaltung und Vermehrung des Arbeitsplatzes. Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, die ausdrücklich diesem Zwecke dient. Wie wir erfahren, hat die Firma Rudolf Herzog in allerjüngster Zeit einen sehr erheblichen Reichskredit erhalten. Wir dürfen wohl annehmen, daß dieser Reichskredit gewährt worden ist gerade im Hinblick auf das von der Regierung verfolgte Ziel der Erhaltung und Vermehrung des Arbeitsplatzes. Wäre es zuviel verlangt von den zuständigen Regierungsstellen, wenn wir hier anregen, der Firma Rudolf Herzog kurzumachen, daß diese Massenentlassungen unvereinbar sind mit dem von der Regierung verfolgten Ziel?

Die Entlassungen hätten, wie uns der Gesamtverband mitteilt, vermieden werden können, wenn sich die Firma in den Verhandlungen mit dem Gesamtverband bereitgefunden hätte, Kurzarbeit einzuführen. Auf Grund früher Erfahrungen machte der Gesamtverband die Zustimmung zur Einführung von Kurzarbeit davon abhängig, daß sich die Firma verpflichtet, keine Entlassungen vorzunehmen, was diese aber ablehnte! Dieser Fall, der die Verständnislosigkeit der Gönner der NSDAP. gegenüber ihren eigenen Arbeitern grell beleuchtet, steht leider nicht einzig da.

Verkürzt die Arbeitszeit!

Forderungen der Buchbinderinternationale.

In Wien fand dieser Tage der 8. Kongreß der Buchbinder-internationale statt, der 15 Verbände in 14 Ländern mit rund 100 000 Mitgliedern angeschlossen sind. Im Mittelpunkt der Beratungen standen naturgemäß die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die von dem Obmann des österreichischen Verbandes Grünfeld beleuchtet wurden. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschliebung. Darin erklärt der Kongreß die Fünftages-woche von insgesamt 40 Stunden ohne jede Verminderung des Reallohns als eines der gewerkschaftlichen Hauptziele zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er empfiehlt den angeschlossenen Verbänden, bei jeder Verkürzung der Arbeitszeit für die ausfallenden Arbeitsstunden die Einstellung arbeitsloser Berufsangehöriger zu verlangen. Weiter fordert er umfassende Arbeitsbeschaffung und gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten durch Ausbau der paritätisch zusammen-

Versteifung bei Scherl.

Phantasien und Gespensterfurcht.

Auch im Laufe des Donnerstags hat es nicht an Bemühungen gefehlt, den Streit bei Scherl im Sinne der Streikenden beizulegen. Die gestern tagende Vollversammlung der Streikenden und Ausgesperrten beauftragte den Arbeiterrat nochmals, bei der Firma vorstellig zu werden. Die Firmenleitung lehnte jedoch weitere Verhandlungen über die Forderungen der Streikenden ab.

Demgegenüber steht die glänzende Kampfstimmung der in den Kampf bisher einbezogenen Teile der Scherl-Belegschaft. Auf der gestrigen überfüllten Streikerversammlung in den Arminhöfen gaben Vertreter aller am Kampf beteiligten Parteien unter stürmischem Beifall die Erklärung ab, daß sie von ihren Forderungen nicht nachlassen werden.

Inzwischen hat die Firma den streikenden Hilfsarbeitern die Papiere zugestellt. Bei einer Verhandlung, die noch am Donnerstagmorgen, also unmittelbar vor Beginn der Streikversammlung, stattfand, blieb die Firma bei ihrer Forderung, daß erst die Arbeit aufgenommen werden müsse, ehe sie die Lohnlisten auf Härten überprüfe.

Zuoberstendlich verbittert hat die Veröffentlichung des Vereins Berliner Buchdrucker-Besther gewirkt. Hier hat die Firma Scherl vereinzelte zurückliegende Spitzenlöhne als übliche Normalverdienste hingestellt. Man hat sich Lohnwochen herausgegriffen, in denen neben Schichtlohnzusagen auch Ueberstunden gelohnt wurden. In Wirklichkeit haben die Streikenden niemals diese Phantasielöhne bezogen. Ein Redner betonte auch, daß man sofort wieder in den Betrieb gehen würde, wenn Scherl diese Löhne zahlen wolle.

Im übrigen gaben Redner aller politischen Parteien Erklärungen ab, daß der Wirtschaftskampf bei Scherl mit politischen Momenten nicht das geringste zu tun habe. Der Redner der nationalsozialistischen Betriebszelle wandte sich insbesondere gegen sein Parteiblatt, den „Angriff“. In Kreisen der Firmenleitung spukt anscheinend immer noch der Gedanke, daß die Nazi-Betriebszelle den Konflikt angezettelt habe, um Hugenberg zu treffen!

Donnerstag vormittag versuchte der Arbeiterrat dann nochmals im Auftrage der Streikenden Verhandlungen mit der Firmenleitung zu führen. Die Vertreter der Firma lehnten jedoch ab. Die nächste Streikerversammlung findet heute vormittag, 10 Uhr, in den Arminhöfen, Kommandantenstr. 58, statt.

Keine Entlassungen bei der DD-Bank?

Die DD-Bank-Handelsdienst erfährt, ist bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft zwischen der Direktion und dem Betriebsrat eine Vereinbarung zustande gekommen, durch die der geplante Angestelltenabbau in der Zentrale der Bank für diesen Winter vermieden werden wird. Im End-

ergebnis läuft die Vereinbarung etwa darauf hinaus, daß Arbeitszeit und tarifmäßige Bezüge der Angestellten gleichmäßig um 2 Prozent gekürzt werden. Die Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung der Belegschaft.

Widerstand gegen Lohnabbau.

Unternehmer drohen mit Massenentlassung.

Die Belegschaft der Alexanderwerk AG. von der Rahmer in Remscheid hat am Donnerstag den Vorschlag des Schlichters, den Konflikt mit der Werkleitung über den Lohnabbau auf Grund der Rotverord- nung bindend für beide Teile durch das Arbeitsgericht entscheiden zu lassen und die Arbeit am Freitag wieder aufzunehmen, mit 694 von 697 abgegebenen Stimmen abgelehnt. Versuche der Kommunisten, die Einigkeit der Belegschaft zu stören, blieben erfolglos.

In den Verhandlungen am Mittwoch hatte der Syndikus des Arbeitgeberverbandes mitgeteilt, es liege ein Beschluß seines Vorstandes vor, wonach im Fall der Nichtaufnahme der Arbeit die Gesamtaus- sperung in allen Remscheidler Betrieben durchgeführt werde. Ob dieser Beschluß verwirklicht wird, muß abgewartet werden.

Gerüchte und Manöver.

Einzelhandel vor dem Schlichtungsausschuss.

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen zum Abschluß eines neuen Gehalts- und Manteltarifvertrages für die Einzelhandelsangestellten hat der Arbeitgeberverband im Berliner Einzelhandel sofort den Schlichtungsausschuss an- gerufen, der die Parteien zu nächste Woche Freitag geladen hat.

Die Anberaumung dieses Schlichtungstermins durch den Vor- sitzenden des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, ist aber unter eigenartigen Umständen vor sich gegangen. In einem Tele- phonegespräch mit dem zuständigen Organisationsvertreter des JdL. erklärte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, daß er „aus der Presse“ erfahren habe, die Gewerkschaften legten keinen Wert mehr auf den Abschluß eines neuen Tarifes für die Einzelhandelsangestellten. Nachdem ihm klar gemacht worden war, was jedem anderen ohne weiteres verständlich ist, nämlich daß die Gewerkschaften grundsätzlich für Tarifverträge sind, nur nicht um jeden Preis, stellte Herr Körner für nächsten Dienstag Vorverhandlungen in Aussicht. Eine Stunde später stellte das Büro des Schlichtungsausschusses jedoch mit, daß bereits am Dienstag Kammerverhandlungen sein sollen, weil der Schlichtungsausschuss erfahren habe, daß in den Warenhäusern Störungsversuche beabsichtigt seien, weshalb aus Gründen der öffentlichen Sicherheit (!) die Verhandlungen beschleunigt werden müßten. Dem Gewerberat Körner wurde empfohlen, diesen

Sanella MARGARINE

1/2 tb 32 3

Jetzt mit Sammelbildern!

111 SN 59-48

Deutschlands meistgekaufte Margarine

Jetzt gibt's zu jedem 1/2 Pfd. Sanella Margarine ein schönes buntes Sport- bild — auch von der Olympiade. Und zum Einkleben das „Handbuch des Sports“, ein Nachschlagewerk mit ca. 1740 Stichworten und vielen Rekord- tabellen. Zu beziehen von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C 2, für 70 Pfg.

gesetzten öffentlichen Arbeitsnachweise, die „gesetzlichen Zwangscharakter“ erhalten müßten. In den Ländern, in denen solche Arbeitsnachweise noch nicht bestanden, müsse deren Einführung mit allen Mitteln erkämpft werden.

Größte Empörung löste auf dem Kongress das Verbot der „Deutschen Buchbinderzeitung“ aus, das in der Debatte über den vom Sekretär Hochstrasser-Bern erstatteten Geschäftsbericht zur Sprache kam. Mit schärfstem Nachdruck erklärte der Kongress in einer besonderen Entschließung zum Verbot, daß die Bestrebungen der Arbeiterklasse niemals durch diktorische Maßnahmen unterdrückt werden könnten.

Als Sitz des Sekretariats wurde wieder Bern bestimmt. Hochstrasser bleibt internationaler Sekretär. Auch die Körperschaften, die in der Zeit zwischen den internationalen Kongressen die Internationale zu führen haben, wurden wiedergewählt. An Stelle des langjährigen verdienstvollen Leiters der Föderation, Haukeisen-Berlin, der aus Gesundheitsrücksichten aus der Leitung des deutschen Verbandes am 1. Oktober ausscheidet, trat Drehwald-Berlin.

Frauenarbeit vor dem Haager Gerichtshof

Der Präsident des Ständigen Internationalen Gerichtshofes Katochi (Japan) hat den Beginn der nächsten Tagung des Gerichtshofes auf den 12. Oktober festgesetzt. Der Gerichtshof wird sich zunächst mit einer ihm vom Völkerbundrat auf Anregung der Genfer Internationalen Arbeitsorganisation zur gutachtlichen Beurteilung vorgelegten Frage befassen, die sich auf die Auslegung der internationalen Konvention über die Nachtarbeit von Frauen bezieht.

ÖGD-Buchdruck. Auf folgende Fraktionsleistungen wird hiermit besonders hingewiesen: 3. Bezirk: Sonntag, 2. Oktober, 9½ Uhr, bei Ring, Damsiger Str. 11. 4. Bezirk: Sonnabend, 1. Oktober, 19¼ Uhr, bei Seipe, Kronprinzstr. Ecke Schornsteinerstr. 5. Bezirk: Sonnabend, 1. Oktober, 19¼ Uhr, im Reichensberg Hof, Reichensberger Str. 7. Bezirk: Sonnabend, 1. Oktober, 19¼ Uhr, bei Schöthale, Steig, Wilmstr. 10a. 8. Bezirk: Sonnabend, 1. Oktober, 20 Uhr, bei Rühl, Hermannstr. 70. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen. Der Fraktionsvorsitz.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19¼ Uhr: Freiheit: Jugendheim Wollteichstr. 9. Führer der Arbeitsbewegung — August Hebel. — Charlottenburg: Jugendheim Sorowitz. 30. Gewerkschaftsgerichts. — Wedding: Jugendheim der Schule Sonnenburger Str. 20. B. Tietze. — Wedding: Jugendheim der Zimmer 11. Heister. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Trepower Str. 9. Schützengasse. — Hermannplatz: Jugendheim Sanderstr. 11. Ecke Sobredr. Straße. Interessantes aus unserer Arbeit. — Prenzlauer Berg: Gleimstr. 55. Siegeszug mit uns. — Jussellplatz: Jugendheim Lucinae Ecke Seelstraße. Ein Streifzug durch die Sozialpolitik. — Reinickendorf: Jugendheim Uhlenstr. 1. (Walden). Fischenh. — Mierchhof: Jugendheim Mierchhof, Bismarckstr. 1. Gesellschaftsreise. — Fischenhof: Schule Mariendorfer Weg 60-70. Hat ein Streit noch Zweck? — Schöneberg: Wir haben ab 19 Uhr im Schlosspark Hauptstraße. — Margen, Sonnabend, 1. Oktober, in der Reinickendorf-Schule, Berlin N., Gleimstr. 49 (L-Bahnhof Reinickendorf-Bahnhof). Schöneberg: In der Wundervelt der Licht, Ton, und Radiowellen. 3 Stunden physikalisch-technische Demonstration. Eröffnung 19 Uhr. Beginn pünktlich 19¼ Uhr. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Jugendaruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Südwest: Jugendheim Vorstr. 11 (2. Hof, Quergebäude, 1 Treppe, Zimmer 20). Vorstr. 11. Heister. — Ost: Jugendheim Jannemannstraße, Sing- und Entsch. abend. Leiter: Albert Witten. — Die Berliner Postzeit- und Verlagsgesellschaft m. B. G. legt heute von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim Oberstr. 12. — Die Schützengruppe legt von 19¼ bis 22 Uhr im Jugendheim Franzstr. 11a. 107. Tagesordnung: Unter neuer Leitung.

8¼ Uhr CASINO-THEATER 8¼ Uhr
Lotaringer Straße 37.
Nur noch wenige Aufführungen

Annemarie
Volksoperette. — Musik von Gilbert
Dazu buntes September-Program.
Gutschein für die Leser 1-4 Personen
Fant. 0.75 M., Sessel 1.35 M., Park 2.50 M.
Sonntag nachm. 4 Uhr
Königin der Luft

Lessing-Theater
Tägl. 8¼ Uhr
Grete Mosheim
Oskar Homolka
in
Pygmalion

Theater am Schiffbauerdamm
D 2 Weidend. 9655
Täglich 8¼ Uhr
„Kolonne Immergrün“
Ber. Em. v. Hans Krüger
mit Harald Paulsen

BERLINER THEAT.
A 7 Diet. 825 8 Uhr
Täglich 8¼ Uhr
MOISSI
Der lebende Leichnam
SOPR.—4 M

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
(Dönhofsplatz)
Dir. Meisel. Dir. Meisel.
Tägl. 8.15 Uhr, Sonntags
3.30 Uhr (ermäßigte Pr.)
Letzte Woche!
Freibad Krumme Lanke
und das
Septemberprogramm.

HAUS VATERLAND
RESTAURANT
Perlmutter
Restaurant
Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI



47⁵⁰

Das ist unser Preis für den Mode-Mantel 1932

Rein Kammgarn, schwere, volle Winterware, ganz tadellos verarbeitet, mit einer wundervollen Kunstseide gefüttert, nach Wunsch in Fischgrät-Muster oder in Diagonal-Ware.

Jeder Mann — und wäre er gewohnt, das Vielfache auszugeben — kann ihn getrost tragen. Sichern Sie sich diesen vollwertigen Mantel zu diesem niedrigen Preise.

GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40 Chausseestr. 113
Am Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof
Königstr. 33 Wilmersdorferstr. 108
Am Ost-Lützowplatz Am Bahnhof Charlottenburg

Das obige Angebot steht Ihnen ab Freitag zur Verfügung.

Am 27. September 1932 verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann und Vater, der Ober-Faktor

Ernst Schneider
im 57. Lebensjahre.
Berlin SW, Urbanstr. 174
Im Namen der Hinterbliebenen:
Agnes Schneider
Erna Metzner, geb. Schneider
Paul Metzner

Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend, dem 1. Oktober, 12 Uhr mittags, auf dem südlichen Friedhof Neukölln, Mariendorfer Weg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
Den Angehörigen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Max Röjler
geb. 4. Februar 1875, am 27. September gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 1. Oktober, 10 Uhr, nach der Friedhofhalle des Krematoriums Berlin, Gerickestraße, aus statt.
Regel Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Den Angehörigen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischlermeister

Johann Schlüter
im 64. Lebensjahre gestorben ist.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
Ohre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Städt. Oper
Charlottenburg
Franhofer 0231
Freitag, 30. Sept.
Turnus II
Siegfried
19 Uhr
Pister, Helm, Hofmann, Gombert, Kandl, Müller, Schirach, Hedlund.
Dir. Fritz Stiedry

SCALA
Tägl. 8 u. 9½ Uhr
Heute letzter Tag!
Das gr. Sept.-Prog.

PLAZA
3a. 19. Dp. 11.3 u. 8.
Heute letzter Tag!
Frau im Kermelin



DELSA

DEUTSCHE LUFTSPORT-AUSSTELLUNG BERLIN 1932
1.-23. OKTOBER
AUSSTELLUNGSGELÄNDE AM FUNKTURM

Die DELSA zeigt: Segel-, Gleit- und Übungsflugzeuge • Freiballone • Sportflugzeuge • Flugzeugmotoren • Selbstbauwerkstatt im Betrieb • Stratosphärenballon mit Gondel • Sonderabteilung: „Zukunft der Luftfahrt“ mit Wachsendflugzeug, Auto-Flugzeug, Baukastenflugzeug u. a. m.

Täglich Veranstaltungen im Terrassengarten wie: Mautgolfierenaufstiege • Fallschirmabstürze • Freiballonaufstiege mit Ballonverfolgung • Schlappflüge u. a. m.

12.-16. Oktober.
IV. Berliner Auto- und Motorrad-Messe, Halle 1, Ausstellungsgelände

Winter-Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Raubler str.
Das berühmte
DAYELMA - BALLETT
3 Swifts, Rudi Grasi
und weitere Künstler-Truppen
von internationalem Ruf.
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorst.
12 u. 13 Uhr. 4 Uhr kleine Preise

Zimmer
1 Bett v. RM. 5.- an
2 Betten v. RM. 10.- an
Hotel-Frühstück
kompl. RM. 1.50

Berlin a. Anh. Bahnh.
Hotel EXCELSIOR.
Eigent. Curt Eichner
Café und Halle:
Ab 1. Oktober
spielt der König der
Tanzgeiger
Max Günther
inh. d. gold. Medaille
berühmtes Orchester
— 10 Herren —
Im Hause
Augustiner-Keller
München - Berlin
(1200 Pers. Sitzf.)
Bei Selbstbedienung
1/4 Lt. 0.68 1/2 Lt. 0.95
Großer Küchenbetrieb
kleine Preise.

VOLKSBUHNE
Theater am Bülowplatz
D 1, Nordstr. 3944. Allabendlich 8¼ Uhr
Der Revisor von Gogol
Regie: Heinz Hilpert
Auch Sigs. 8¼ Uhr. Preise: 0.75 bis 4.00

B. B. B.
Bendows Bunte Bühne
Kottbuser Str. 9 (fröh. Elite-Säng.)
Ab 1. Oktober
„O lache Dich gesund“
Täglich 8 Uhr, Sonntag 3¼ Uhr.
Preise von 30 Pf. an.

Homöopathie
Nieren-, Blasen-, Leber-, Gallen-, Magen-, Darm-, Lungen- u. Nervenleiden.
LÖSCHER 10-2, 4-7, 30d. 6-8
Behandl. nur 2 M.

Theater, Lichtspiele usw.

staats Theater
Staatsoper Unter den Linden
Freitag: 26. Ab.-Vorstellung
Ariadne auf Naxos
Marie Jvojin u. O. Konecni,
Helderbach, Wittrisch, Großmann,
Henke, Kern. — Dirigent: Bleich.
Beginn 20 Uhr (8)
Ges- und Orchesterbesetzung.

staatliches Schauspielhaus
Freitag: 26. Ab.-Vorstellung
Was ihr wollt
v. Mendelssohn Bard, Köpcke, Heiser,
O. Leibel, Weber, Wäscher,
Bildl, Frank, Schmittsbecher.
Beginn 20 Uhr (8)

Deutsches Theater
Weidend. 5201.
8 Uhr
Rose Bernd
von Gerhart Hauptmann
mit Paula Wessaly

Kammerspiele
8¼ Uhr
Schicksal nach Wunsch
Komödie v. Carlo Goldoni
Regie: Rudolf Beer
Meiser, Ulrich,
Riemann, Abel,
Brauwerter

Schiller
Friedrichstr. 70/71
Städt. (O 1) 6715
Täglich 8¼ Uhr
Der 18. Oktober
Hellinger,
Strömer, v. Alten,
Heiser
Regie: Kerner
Lührer

